

Winter 2018/19

LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

www.linksfraktion-bonn.de

DIE LINKE.



Liebe Bonnerinnen und Bonner,

das Verwaltungsgericht Köln hat entschieden, dass es in Bonn ab April des nächsten Jahres auf zwei zentralen Straßen Dieselfahrverbote geben wird. Oberbürgermeister Sridharan bezeichnete das als „schweren Schlag für die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort.“ Dass es hierbei um den Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden Stickoxiden geht, scheint für den Oberbürgermeister eher nebensächlich. Klar: Die Verantwortung für die Misere tragen allen voran die Autoindustrie und die vor ihr kuschende Bundesregierung.

Aber auch in Bonn wurden Hausaufgaben nicht gemacht. So soll die Busflotte erst jetzt umgerüstet werden. Und trotz nahezu jährlicher Preiserhöhungen ist der Service von Bussen und Bahnen in Bonn derzeit so schlecht wie nie. Das ist nicht nur mein persönlicher Eindruck: Im zweiten Quartal 2018 gab es alleine

mehr als 2.400 Fahrgastbeschwerden. Kein Wunder, bei einer Ausfallquote von mehr als 5 % aller Verkehrsangebote alleine im Juni - ein absoluter Höchstwert! Und die Geschäftsführung der Stadtwerke freut sich zwischenzeitlich über eine Vertragsverlängerung mit satter Gehaltserhöhung.

Hier läuft also einiges schief. Und der Oberbürgermeister? Der zog nach nur einem Tag die mutige Idee eines Tempo-30-Limits in der Stadt wieder zurück. Für 2019 hat der OB sogar sein komplettes Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat der Verkehrssparte der SWB angekündigt. Wenn das nicht Flucht vor der Verantwortung und den Problemen in Bonn ist?

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Michael Faber'.

Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender



Themen

- Haushalt 2019/20 2
- Was wird aus dem Bonner Tierheim? 3
- Kleider machen Knetel/ Frankenbad 4
- Wohnungsmangel 5
- Klage gegen den OB 6
- Zwischennutzungen für städtischen Leerstand 7
- Die Kleine Anfrage 8

Haushalt ohne Plan und Akzente

von Michael Faber, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion

Im Bonner Stadtrat hat die Koalition von CDU, Grünen und FDP jetzt den Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 verabschiedet. Die Ratsmehrheit beschränkte sich hierbei weitestgehend darauf, den vom Oberbürgermeister und der Kämmerin aufgestellten Haushaltsentwurf durchzuwinken. Eigene Akzente findet man kaum, abgesehen vielleicht von einem zwei Millionen schweren Programm für mehr Stadtbäume. Das ist nicht falsch, aber als Antwort auf die Zukunftsherausforderungen in Bonn zu wenig. Zugleich werden die Weichen an vielen anderen Positionen falsch gestellt: Herausragendes Negativbeispiel ist die Streichung der Zuschüsse für das Euro-Theater Central, das mit lediglich 144.000 Euro pro Jahr gefördert wurde. Es ist eine Schande, diesem einzigen auch fremdsprachigen Theater Bonns die Grundlage

zu entziehen. Das gilt in besonderem Maße, da die Haushaltslage sich erheblich verbessert hat. Wenige Wochen vor der Verabschiedung des aktuellen Haushaltes hatte die Stadtverwaltung festgestellt, dass der Haushalt des Jahres 2017 „überraschend“ um 145 Mio. Euro besser

abgeschlossen wurde als geplant. Statt eines Defizits von -85,6 Mio. Euro also jetzt ein Überschuss in Höhe von +59,5 Millionen. Grund für diese extreme Abweichung vom vorherigen Plan ist die gute Konjunktur und daraus resultierend massive Mehreinnahmen.

Der neue Haushalt zeichnet diese positive Entwicklung aber nicht nach, sondern rechnet zum Beispiel noch mit sehr niedrigen Gewerbesteuer-einnahmen, obwohl es für einen drastischen Konjunkturreinbruch kei-

nung durchaus Spielraum für dringend nötige soziale Akzente vorhanden: Durch eine Senkung der besonders hohen Grundsteuer B könnte man zum Beispiel Mieterinnen und Mieter entlasten. Und auch im Bereich der Kinderbetreuung sollten die Elternbeiträge sozialverträglich gesenkt werden. Diese und andere Initiativen der Linksfraktion scheiterten aber an der Ratsmehrheit. Ihren Haushalt ohne spürbare soziale Akzente haben wir daher abgelehnt.



Ehemaliges Viktoriabad, Fassade am Belderberg mit Kunstharzfenster

ne Anzeichen gibt. Die Stadtspitze rechnet aus unserer Sicht nicht nur konservativ, sondern unrealistisch. Sie will so wohl verhindern, dass Begehrlichkeiten geweckt und Einsparungen wie beim Euro-Theater in Frage gestellt werden. Aus unserer Sicht wäre bei realistischer Betrachtung

Die Bilder in dieser Ausgabe ...

... stammen von städtischen Gebäuden, die seit Jahren ungenutzt leerstehen (vgl. Artikel Seite 7). Das Titelbild zeigt zwei Häuser aus der Budapester Straße.

Fotos: Holger Schmidt

Autobahnausbau: Was wird aus dem Tierheim?

von Anatol Koch, Fraktionsgeschäftsführer

Die Verbreiterung des sogenannten Tausendfüßlers, der oberirdischen Streckenführung der Tierheimgelände Lärm, Schmutz und Staub.

Zukunft des Bonner Tierheims

„Albert Schweitzer“. Hier werden gefundene Tiere wie Hunde und Katzen im Auftrag der Stadt versorgt und aufgenommen.

Bereits im Mai 2019 soll nach den Plänen von „Straßen.NRW“ (dem landeseigenen Betrieb für Straßenbau in Nordrhein-Westfalen) mit dem Planfeststellungsverfahren für den Neubau der über dem Tierheim auf Stelzen stehenden Autobahn begonnen werden. Nach der derzeitigen Planung, die die Linksfraktion insbesondere wegen der Verbreiterung auf sechs Spuren abge-

lehnt hat, ist zu befürchten, dass Teile des Tierheims der Stadtautobahn für deren Neubau zum Opfer fallen. Wenn kein Ersatz für den Flächeneinschnitt gefunden wird, ist das Tierheim unter Umständen nicht mehr in der Lage, Tiere aufzunehmen. Ebenfalls offen ist, wie der Betrieb während der Bauphase fortgesetzt werden kann. Denn

durch die mehrjährige Baustelle entstehen quasi direkt über dem Tierheimgelände Lärm, Schmutz und Staub.

Obwohl die genaue Variante

der neuen Trassenführung bereits im

Dezember 2017

gegen die Stimmen

der Linksfraktion be-

schlossen worden war,

hat die

Stadtverwaltung

bislang keine

ernsthaften Bemühungen un-

ternommen, um

Ersatzflächen für

das Tierheim bereitzustellen,

wie eine Anfrage

der Linksfraktion ergab. Es

wird lediglich darauf

verwiesen, dass erst

bei genauerer Planung

der Umfang

des Einschnitts feststeht.

Diese passive Hal-

tung ist höchst fahrlässig.

Wenn keine rechtzeitigen Vor-

berichtigungen getroffen werden,

droht ein Chaos, das zu Lasten der

Versorgung von Tieren und damit

des Tierschutzes geht. Erforderlich

sind daher endlich konsequente

Anstrengungen der Stadt, um die

wichtige Arbeit des Tierheims

sicherzustellen.



**Tierheim
nicht
gefährdet**

Links wirkt im Haushalt!

An einigen Stellen im Haushalt konnte die Linksfraktion zumindest punktuelle Verbesserungen durchsetzen. Auf unsere Initiative wurden zum Beispiel die Mittel für die Sanierung des Daches des denkmalgeschützten Frankenbades in den Haushalt eingestellt (vgl. Artikel Seite 4).

Auf Antrag der Linksfraktion wurde zudem beschlossen, Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren zukünftig freien Eintritt in die städtischen Museen zu gewähren. Wir konnten auch durchsetzen, dass die Zuschüsse für den Verein „Ausbildung statt Abschiebung“ um 5.000 Euro erhöht werden. Beschlossen wurde auch die Initiative der Linksfraktion, die Förderung der Familienbildungsstätte „Werkstatt Friedenserziehung“ in gleichem Umfang fortzusetzen (plus 15.000 Euro) und nicht einzusparen.

Außerdem soll unter anderem auf unseren Antrag hin ein Pilotprojekt für ein kostenloses Schulfrühstück an Bonner Grundschulen gestartet werden, und die Mittel für Investitionskosten von Jugendverbänden werden erhöht. Wir freuen uns, damit die unsoziale Stoßrichtung des Haushaltes zumindest etwas abgemildert zu haben.

Kleider machen Knete!

von Claudia Falk, Sprecherin im Ausschuss für Internationales und Wissenschaft

Seit dem Einsturz der Textilfabriken im Rana Plaza (Bangladesch) sind die Bedingungen ein Thema, unter denen Arbeiterinnen und Arbeiter Kleidung herstellen. Sozial und ökologisch soll die Mode sein, die wir tragen. Fair eben. Textilbündnisse wurden geschmiedet, Siegel vergeben – grundlegend geändert hat sich nichts. Doch nicht nur die Produktion, auch die Verwertung von Kleidern und Schuhen lohnt der genaueren Betrachtung.

In Bonn sind es über 500 Tonnen Alttextilien jährlich, die das kommunale Abfallwirtschaftsunternehmen bonnorange sammelt. Einziger Zweck: Gewinne aus dem Verkauf zu machen. Dabei ist es bonnorange egal, wohin die Ware geht. Und von wem sie vertickt wird. Nachhal-

tige Kriterien? Fehlanzeige! Wie hoch sind die Erlöse, und trägt die hier gesammelte Kleidung dazu bei, den lokalen Märkten in afrikanischen und asiatischen Ländern zu schaden? Auch dazu verweigert

das städtische Unternehmen trotz unserer Anfrage jede Information. Es verschanzt sich hinter der Vertraulichkeit von Verträgen. Aber die Linksfraktion bekommt ihre Antworten noch, wetten?!



Alte Volkshochschule, Kasernenstraße 50 in der Bonner Altstadt

Frankenbad

Dachsanierung als Hindernislauf

von Jürgen Repschläger, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Im fünften Anlauf hat der Rat die Sanierung des Frankenbaddaches endlich beschlossen. Hätte schneller gehen können, da die Ratsmehrheit aus CDU/Grüne/FDP immer wieder beteuert, das Gebäude erhalten zu wollen. Da sollte man doch etwas entscheidungsfreudiger sein, zumal ein kaputtes Dach der Bau- substanz nicht gerade zuträglich ist.

Aber der Reihe nach: Als die LINKE die Dachsanierung beantragte,

schätzte die Verwaltung die Kosten auf 400.000 Euro – Antrag abgelehnt. Auch der gleichlautende Antrag der Initiative „Frankenbad bleibt Schwimmbad“ wurde abgelehnt, Kostenschätzung diesmal: 800.000 Euro. Erst der dritte Antrag, diesmal von den „Frankenbadfreunden“, Kosten übrigens 1,2 Mio. Euro, kam durch, um allerdings vom Rat wieder zurückgenommen zu werden. Die Frage sei erlaubt, wer

hier eigentlich den Dachschaden hat.

In der Haushaltssitzung schließlich wurde die Dachsanierung dann endgültig beschlossen. Mit den Stimmen der Grünen, die sich dafür dreist als Frankenbadretter feiern ließen. Dabei war es erst die grüne, mit der Schließung des Frankenbades verbundene Zentralbadpolitik, die der Nordstadt den Schlamassel überhaupt erst eingebrockt hat.

Wohnungsmangel

Bonn braucht eine kommunale Entwicklungsgesellschaft

von Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher

Die Ratskoalition aus CDU, FDP und Grünen setzt den Ausverkauf kommunaler Grundstücke fort: Nach dem Gelände des Studierendenwohnheims am Erzbergerufer für das Hotel-Prestigeobjekt von Oberbürgermeister Sridharan werden jetzt auch die städtischen Grundstücke in Buschdorf (Bebauungsplan „Im Rosenfeld“) in einem Höchstbietverfahren veräußert. Insgesamt sollen dort rund 300 Wohnungen neu-gebaut werden. Zwar müssen dort auch anteilig (annähernd 30 %) geförderte bzw. Sozialwohnungen entstehen, allerdings verzichtet die Stadt so auf die Möglichkeit, auch für die anderen Wohnungen Preisobergrenzen festzusetzen und überlässt sie dem „freien Markt“. Anstatt zudem die Sozialwohnungen direkt durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG errichten zu lassen, um den Mietpreis langfristig beeinflussen zu können, endet so dann die Sozialbindung bei einem Privatinvestor meist nach 20 Jahren.

Die Linksfraktion hatte hingegen vorgeschlagen, das Baugebiet erstmals über eine kommunale Entwicklungsgesellschaft – die es in anderen Städten schon länger gibt, zum Beispiel in Köln – erschließen und planen zu lassen. Dabei bleiben die städtischen Grundstücke in öffentlichem Eigentum und werden zielgerichtet nach sozialen und auch

städtebaulichen Kriterien entwickelt und an einzelne Baugruppen, Genossenschaften und zu großen Teilen an die kommunale Wohnungsgesellschaft vergeben. So entzieht man Grundstücke und Wohnungen der Immobilienspekulation und kann weiter steuern, was und für wen denn letztlich gebaut wird.

Denn „bauen, bauen, bauen“ ist keine Lösung, wenn man nicht nur die Preisspirale antreiben will, sondern tatsächlich preisgünstiger Wohnraum mit bezahlbaren Mieten entstehen soll. Die Zahlen für Bonn (siehe Kasten) zeigen es. Es wurde deutlich mehr gebaut, aber weder bei den Sozialwohnungen noch an den immer weiter steigenden Mieten hat sich der Trend geän-

dert. Auch eine Quote für sozialen Wohnraum, wie sie Bonn jetzt nach Jahren des Widerstands der Ratskoalition endlich hat, ändert daran allein nur ein bisschen: Nur ein kleinerer Teil der Neubauten ist von dieser Quote wirklich betroffen und zudem läuft die Sozialbindung eben meist recht bald aus. Deutlich mehr Grundstücke und Wohnungen müssen stattdessen wieder dauerhaft in kommunalem oder genossenschaftlichem Eigentum sein und bleiben! 20 Mio. Euro aus dem Haushaltsüberschuss der Stadt im Jahr 2017 will die Linksfraktion daher in eine kommunale Entwicklungsgesellschaft investieren, damit Grundstücke erworben und unter öffentlicher Kontrolle mit sozialen und qualitativen Zielsetzungen bebaut werden können.

**Geförderter
Wohnungsbau
statt Hotels**



Jahr	gesamter Wohnungsbau	davon geförderte Mietwohnungen	Bestand Geförderte Mietwohnungen „A“	Quote geförderter Wohnungen insgesamt
2009	685	94		
2010	601	81		
2011	621	92		
2012	908	149	12.442	
2013	593	98	12.394	7,9 %
2014	675	121	12.201	
2015	1302	61	11.615	
2016	1229	196	10.017	7,1 %
2017	1223	105	9864	6,9 %
6/2018			9655	

Quellen: Controllingberichte des Sozialamts, Statistikstelle Stadt Bonn

Stadtwerke ohne Konzept

LINKE klagt erfolgreich gegen den OB

von Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender

Das nennt man dann wohl eine „Klatsche“: Vor dem Verwaltungsgericht Köln musste der Oberbürgermeister jetzt zusichern, eine Große Anfrage der Linksfraktion zur wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke neu zu beantworten. Zuvor hatte die Linksfraktion Klage erheben müssen, um ihre Informationsrechte durchzusetzen. Ausgangspunkt waren die Pläne von SWB-Geschäftsführung und OB, den Stadtwerken immer neue Aufgaben zu übertragen, während zugleich millionenschwere Ausschüttungen durch die SWB an den Stadthaushalt erfolgen sollen. Die Linksfraktion wollte vor diesem Hintergrund erfahren, wie es um die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke bestellt ist. Schließlich müssen zusätzlich noch große Investitionen zum Beispiel in neue Busse und Bahnen erfolgen – gerade beim ÖPNV liegt derzeit noch vieles im Argen. Bei der Beantwortung unserer Anfrage zog sich der Oberbürgermeister dann aber entweder auf Allgemeinplätze zurück, oder die Fragen wurden gleich gar nicht behandelt, weil dies angeblich den Stadtrat nichts angehe. Dabei gehört das Unternehmen doch der Stadt! Deshalb hatten wir Klage we-



Alte Volkshochschule in der Kasernenstraße (Rückansicht)

gen der (Nicht-)Beantwortung unserer Fragen vor dem Verwaltungsgericht Köln erhoben.

Dort erlitt der Oberbürgermeister jetzt Schiffbruch. Alle Fragen, die den Rat angeblich gar nichts angehen, müssen neu beantwortet werden. Nur zur Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen die SWB denn noch die Ausschüttungsziele der Stadt von 5 Millionen Euro pro Jahr erreichen wollen, stellte das Gericht selbst fest, dass zum Zeitpunkt der Beantwortung solche konkreten Maßnahmen schlicht nicht benannt werden konnten. Mit anderen Worten: Da es kein Konzept oder eine schlüssige Strategie der Stadtwerke hierfür gab, konnte

die Frage auch nur mit Allgemeinplätzen beantwortet werden. Aus Sicht der Linksfraktion ist das ein Offenbarungseid für die von SWB-Geschäftsführung und Ratskoalition immer wieder bekundete „Stadtwerke-Strategie“. Wird sie konkret hinterfragt, bleibt nicht viel von ihr übrig. Zukünftig braucht der Oberbürgermeister hoffentlich keine weitere gerichtliche Ermahnung, um Anfragen der Ratsopposition ausreichend zu beantworten und Oppositionsrechte zu achten. Auf Information und Transparenz zu kommunalen Unternehmen haben die Ratsmitglieder und nicht zuletzt auch die Bonner Öffentlichkeit ein Anrecht.

Städtischen Leerstand für Zwischennutzungen öffnen

von Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher

Seit mehr als zehn Jahren stehen nicht weit vom Stadthaus zwei Häuser leer, die der Stadt Bonn gehören: Budapester Str. 19 und 21. Mehrfach hat die Linksfraktion sie zum Thema gemacht, doch geschehen ist nichts. Ganz ähnlich ist es dem Haus Rheinweg 48 in Kessenich ergangen. Seit 2006 ist es ungenutzt, mittlerweile halb ausgeplündert und nun von der Ratsmehrheit zum Abriss freigegeben; zwei Beispiele, wie die Stadt mit Gebäuden umgeht, die sie „vorübergehend“ nicht nutzen will oder kann – meist mit dem Argument, „bald“ würden sie anderweitig gebraucht. Ebenso ergeht es dem Viktoriabad im gleichnamigen Karree und bis vor Kurzem auch der alten Volkshochschule in der Wilhelmstraße. Hier wurde jetzt ei-

ne kurzfristige Nutzung (bislang jedenfalls) durch den Verein Rhizom möglich – eine Ausnahme, die nach dem Willen der Linksfraktion die Regel werden soll: Städtische Gebäude, die länger als sechs Monate leerstehen, sollen generell Vereinen oder Initiativen zur Nutzung angeboten werden. Dabei sollen die Zwischenmieter ausschließlich die Verbrauchskosten bezahlen müssen und eine Nutzungszusage von mindestens zwei Jahren erhalten, auf Wunsch auch kürzer. Doch seit mehr als einem halben Jahr schiebt die Koalition diesen Antrag vor sich her, ohne zu entscheiden. Dabei ist eigentlich klar: Der Leerstand nutzt niemandem, stattdessen könnten Zwischennutzungen die Stadtviertel bereichern.

Chancen für Vereine und Initiativen



Leerstehende Häuser an der Budapester Straße 19 und 21 (im Bild links)

Initiativen der Linksfraktion

Zu hohe Kosten der Unterkunft

Fast jeder fünfte Haushalt im Hartz-IV-Bezug bekommt bundesweit nicht den vollen Betrag für Miete und Energiekosten vom Jobcenter ausbezahlt, weil der Betrag die örtlichen Richtlinien für die angemessene Höhe übersteigt. Die Differenz wird dann einbehalten und kommt so dem städtischen Haushalt zugute. In Bonn ist der Betrag, der dabei pro Bedarfsgemeinschaft gekürzt wird, besonders hoch: im letzten Jahr im Durchschnitt 109 Euro monatlich. Auf unsere Nachfrage im Sozialausschuss konnte die Stadt dafür bislang keine befriedigende Erklärung geben.

Spekulationen zu Lasten der Stadt

Nicht immer profitiert die Stadt von niedrigen Zinsen: Auf unsere Anfrage bestätigt die Kämmerei, dass manche Kreditgeschäfte (sog. Zinsicherungs-SWAPS) im Fall von negativen Zinsen für die Stadt ungünstig sind, weil die Banken hier mit zweierlei Maß messen: Einerseits weigern sie sich, negative Zinsen auszus zahlen, im umgekehrten Fall in den SWAP-Geschäften fordern sie sie aber trotzdem ein. Wie der General-Anzeiger berichtet, ist das Verhalten der Sparkasse dabei besonders nachteilig für Bonn – unverständlich, da die Stadt hier selbst die Miteigentümerin der Bank ist.

Soziale Teilhabe im Sportverein

Betroffene von Hartz IV bekommen Unterstützung, wenn es um Zuschüsse für Mitgliedsbeiträge zum Beispiel in Sportvereinen geht. Die 10 Euro pro Monat, die dafür vorgesehen sind, reichen aber längst nicht aus – vor allem, wenn man zusätzliche Kosten für Trikots, Ausrüstung oder Freizeiten noch dazurechnet. Wir haben deshalb beantragt, dass die Stadt diese Gelder aufstockt, wenn dafür Bedarf besteht. Während eine Mehrheit im Sportausschuss diese Forderung noch unterstützt hat, ist unser Vorstoß im Rat letztlich an den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfB gescheitert.

Bonn, ein Paradies auf Erden

veröffentlicht auf www.links-rheinisch.de, dem Blog der Bonner Linksfraktion

Hurra! Bonn hat nun ein haushaltspolitisches Leitbild. Eine ganz große Ratsmehrheit beschloss ein entsprechendes Konzept mit strategischen Zielen von solch bestechender Überzeugungskraft, dass die Realität gar keine andere Wahl haben wird, als sich den in simple Aussagesätze gegossenen Plattitüden anzuschließen. Unter anderem heißt es dort: „Das Leben in Bonn ist sicher.“ „Straßen und Plätze sind sauber.“ „Alle Menschen leben friedlich zusammen.“ „Bonn ist als Stadt am Rhein erlebbar.“ „Bonn ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort.“ Und so weiter, und so fort: Bonn, ein wahres Paradies auf Erden!

Mit der Zusammenstellung und Verabschiedung dieser nichtssagenden Wunsch-Dir-was-Liste hatten sich insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Jamaika-Koalition offenbar so verausgabt, dass an eigenen Schwerpunktsetzungen und konkreten Ideen in Form von Haushaltsanträgen in den Fachausschüssen hinterher kaum etwas zu bemerken war. Oder sollte die gängige Vorstellung von Haushaltsverhandlungen inzwischen überholt sein, und es geht heute gar nicht mehr darum, Gelder zu beantragen, Ausgaben zu prüfen und Ressourcen zu verteilen? Belässt es der



Gründerzeithaus am Rheinweg 48 in Kessenich

Die Kleine Anfrage

moderne Haushaltspolitiker vielmehr bei der Formulierung von ein paar Allgemeinplätzen, legt dann die Beine hoch und lässt Kämmerei und Stadtverwaltung den Rest erledigen? Macht sich das bisschen Haushalt heute also wirklich von allein? Um diesen Trend nicht zu verpassen, haben wir neben unseren zahlreichen Haushaltsanträgen auch versucht, das haushaltspolitische Leitbild ebenfalls um noch ein paar weitere Ziele zu ergänzen. Zum

Beispiel im Bereich Schule: „Nach dem Unterricht werden alle Stühle hochgestellt.“ Im Sport: „Ein Abstieg des Bonner SC ist unbedingt zu vermeiden.“ Oder bei den Gesundheitsdiensten: „Maach et joot, ävver nit zo off.“

Ob wir das ernst meinten, fragte der OB in der Sitzung. Unsere Antwort: jedenfalls genauso ernst wie das haushaltspolitische Leitbild der Ratsmehrheit. Denn das ist bestenfalls auch nur ein ziemlich flacher Witz.

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Dr. Michael Faber (V.i.S.d.P)
Layout: Jonas Bens, Tobias Haßdenteufel
Druck: Kessoprint, Nikolausstr. 43, 53129 Bonn

Bild auf Seite 3 gemeinfrei. Alle übrigen
Bildrechte liegen beim Herausgeber.

Abonnieren?

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren. Eine E-Mail oder ein kurzer Anruf genügt.

Diese Zeitung ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt. Redaktionsschluss 28.11.2018.

Kontakt

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns. Sie erreichen uns unter:

Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn
Tel: 0228 - 77 40 81/- 80
linksfraktion@bonn.de
www.linksfraktion-bonn.de